

Haushaltsrede 2023

Sehr geehrter Hr. Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerschaft und Vertreter der Presse,

„Willkommen in der REALITÄT!“

Zumindest Teile dieses Gremiums scheinen sich der Realität zu nähern, vor welcher wir schon seit über 10 Jahren warnen.

Aber was ist „Realität“?

„Als Realität wird im allgemeinen Sprachgebrauch die Gesamtheit des Realen bezeichnet. Als real gilt zum einen etwas, das keine Illusion ist und nicht von den Wünschen oder Überzeugungen einer einzelnen Person abhängig ist.“

Die Beschreibung wirkt sehr sperrig und wenig eingängig, deshalb habe ich mich in der Vorbereitung für unser alljährliches Schauspiel der Haushaltsverabschiedung auf die Suche nach einer leichter verständlichen Beschreibung gemacht und ich wurde fündig bei Mark Twain:

Zitat: „Man muss die Tatsachen kennen, bevor man sie verdrehen kann“ Zitat Ende.

Erstmalig sahen wir im ursprünglichen Haushaltsentwurf eine annähernd reale Darstellung unserer Haushaltssituation, welcher inhaltlich eine Katastrophe war, aber weitestgehend der Realität entsprach. Wir hätten uns als Fraktion vorstellen können, dass wir dem Haushaltsentwurf zur Beantragung der Konsolidierungshilfe formal zustimmen und uns nach einer abgelehnten Haushaltsgenehmigung den inhaltlichen Problemen widmen. Wie immer kam es anders.

Es sind nun drei Jahre unserer gemeinsamen Amtszeit vergangen; es ist Halbzeit. Wenn wir Bilanz ziehen, so wird auf der Habenseite nicht viel einzutragen sein. Damit dort überhaupt etwas erscheint, würde ich notfalls die Ansiedlung der Fa. Loberon und Fuchs erwähnen wollen. Bedenkt man, dass die Themen „Hochschule für den öffentlichen Dienst“ und „Barrierefreier Bahnhof“ bereits zu Zeiten von Manfred Thümmler initiiert wurden, so relativiert sich die reklamierte Leistung von den beiden Nachfolgern wohl auf das Niveau von „Tagesgeschäft“.

Bei den Einträgen auf der Sollseite fällt die Aufzählung enorm leichter:

- Den Freizeitpark nicht saniert, weder finanziell noch physisch
- Die Intransparenz im Eigenbetrieb FP / WP nicht bereinigt
- Den steuerlichen Querverbund nicht realisiert
- Die prekäre Situation mit den Notgruppen in der Kinderbetreuung nicht aufgelöst
- Nahezu keine Instandhaltungsmaßnahmen an der Infrastruktur durchgeführt
- Bei den Dorferneuerungen und Flurbereinigungen herrscht mehr oder weniger Stillstand
- Die Rechtlerauflösungen gehen kaum voran und Abrechnungen bleiben liegen
- Die Digitalisierung der Verwaltung verpennt
- Ausgabenentgleisung im Finanzhaushalt
- Freiwillige Leistungen ausgeweitet

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. In Ergänzung zu den genannten Themen waren wir in den vergangenen drei Jahren auch mit fragwürdigen Vorgängen konfrontiert.

Es begann sehr früh in der aktuellen Wahlperiode mit einem Personalthema. Der relativ frisch gebackene Bürgermeister machte Nägel mit Köpfen und traf diesbezüglich Entscheidungen. So sehr lobenswert dies war, vergaß er jedoch den Stadtrat, als es um wichtige Entscheidungen ging und überschritt damit seine Kompetenzen. Schwamm darüber; die von ihm getroffene Entscheidung war aus unserer Sicht nachvollziehbar.

So kamen wir zum ersten Haushalt in der aktuellen Wahlperiode und sogar wir als FWG / FW sind über unseren Schatten gesprungen und haben zugestimmt. Der von den Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich gewählte Bürgermeister Wolfgang Nierhoff sollte auch von uns seine Chance bekommen. Das gebietet der Anstand.

Leider konnten wir im Nachgang keinen anhaltenden Aufwärtstrend feststellen. Unser Bürgermeister führte die Geschäfte unserer Gemeinde mindestens genauso unglücklich weiter, wie sein Vorgänger. Der nächste Schnitzer war nicht weit entfernt; es war die Konsolidierungshilfe. Nach Darstellung des Bürgermeisters war die Entscheidung zur Aussetzung der Konsolidierung eine taktische Entscheidung, für uns wirkte die Begründung wie eine drittklassige Ausrede. Egal wie hoch die Summe gewesen wäre, hätte die Zuteilung keinen schädlichen Einfluss auf die folgenden Konsolidierungsanträge gehabt. Sollte es tatsächlich eine taktische Entscheidung gewesen sein, was ich persönlich für ausgeschlossen halte, war die Entscheidung ein Schuss ins Knie und hätte zudem vom Stadtrat abgesegnet werden müssen. Wie hoch der Schaden für unsere Bürgerinnen und Bürger ist, darüber darf spekuliert werden. Nimmt man den Durchschnittswert der vergangenen Jahre von 2,1 Mio. €, so geht es definitiv um einen Millionenschaden.

Die Reihe der Pannen setzte sich unaufhaltsam fort, im Haushalt 2022 wurde einfach die Drehleiter mit 750.000 € vergessen, einzustellen. Oder die Nummer mit der Ausschreibung für die Kanal- und Straßensanierung in der Lohesiedlung: Um 581.000 € verschätzt trotz vorliegender Kostenrechnung.

Ich will mit Beispielen nicht geizen, schließlich haben wir genügend.

Die Sache mit der Kreisumlage ist ein gutes Beispiel für Überheblichkeit. Da bereitet unser Fraktionsmitglied Hans Hümmer nahezu den kompletten Schriftsatz für eine Klage gegen den Landkreis vor und die Mehrheit des Gremiums entscheidet sich gegen die 311.000 € Klage, begründet damit: Das Verhältnis zum Landrat soll unbelastet bleiben.

Es folgte die Sache mit der Darlehensverlängerung für den Windpark. Mehrfach haben wir um die Zinsverlängerung mittels Forward Darlehen gebeten, als das Zinsniveau noch bei knapp 0 % lag. Wie immer wurden unsere Hinweise und Bitten ignoriert. Nun mussten wir mit einem Zinssatz von 2,57 % abschließen, der Schaden für unsere Bürgerinnen und Bürger beläuft sich über einen Zeitraum von 10 Jahren auf etwa 900.000 €.

Im Abwasserwerk passierte Ähnliches. Aus uns völlig unbekanntem Gründen wurden zwei Förderanträge für Maßnahmen im Abwasserwerk mit Härtefallsschwelle 1, anstatt 2 gestellt. Die Förderung nach Härtefallsschwelle 2 steht uns unumstritten zu! Da eine nachträgliche Korrektur aufgrund des Hinweises durch unser Fraktionsmitglied Hans Hümmer nicht möglich war, mussten wir uns mit dem geringeren Förderbetrag begnügen. Schaden für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt: 342.795,30 €

Summiert man die wenigen Beispiele auf, so ist unseren Bürgerinnen und Bürgern unter der Führung des 2020 gewählten Bürgermeisters ein Schaden von ca. 4,2 Mio. € entstanden. Immerhin, in so kurzer Zeit einen solchen finanziellen Schaden zu verursachen, ist auch eine Leistung. Hier stellt sich die Frage nach Schadensersatzansprüchen.

Lassen Sie mich auf einige andere Dinge eingehen:

Das CabrioSol steht oft in der Kritik für seine Eintrittspreise, Schäden, Defizite oder dessen Konzept. Nur was wäre Pegnitz ohne unser Bad. Ob die Entscheidung 2008 für den Bau und den Betrieb in der jetzigen Form sinnvoll war, darüber lässt sich vornehmlich streiten. Selbstkritisch muss ich einräumen, dass auch unsere damaligen Kolleginnen und Kollegen zugestimmt haben. „Dumm ist nur, wer aus Erfahrung nicht lernt“, deshalb haben wir bereits im Juni 2021 einen Antrag gestellt, um

das Konzept und die Rechtsform zu überdenken. Zu beiden Themen haben wir umfangreiche Vorschläge gemacht, z.B. die Umgestaltung in ein Freibad nach altem Schema und Hallenbad mit einem externen Gastronomiebetrieb. Auch zu der Gestaltung der Außenbecken haben wir Vorschläge gemacht, um einen effizienteren Betrieb zu ermöglichen. Schlussendlich hat die überwältigende Mehrheit dieses Gremiums im Juli 2022 entschieden: „Wir lassen alles beim Alten“. Nun ja, von den großspurigen Wahlkampfreden 2020 ist anscheinend nichts übrig geblieben, außer heiße Luft und der anstehende Sanierungsbedarf in Millionenhöhe.

Der zweite Punkt unseres Antrages wurde bis heute nicht behandelt: Die Überprüfung der Rechtsorganisation. Aus unserer Sicht ist der aktuelle Zustand mit ursächlich für das Chaos und den wirtschaftlichen Misserfolg des CabrioSol`s. Das Konstrukt aus Kommunalunternehmen mit eigenständigem Steuerrechtsbetrieb und seinen Angestellten, welches einen externen Dienstleister mit seinen Angestellten beauftragt hatte, das Bad zu managen und einen Eigenbetrieb, bestehend aus zwei steuerrechtlichen Betrieben, welcher das Kommunalunternehmen mit der Betriebsführung beauftragt hat, ist unserer Auffassung entsprechend völliger Irrsinn. Das alles nur wegen eines steuerlichen Querverbundes, welcher seit 2012 nicht umgesetzt wurde. Transparenz sieht anders aus!

Damit kein Missverständnis entsteht, sollte entgegen bisheriger Meinungen der Querverbund doch möglich sein, was wir nicht ausschließen wollen, dann können wir nicht verstehen, warum das Thema seit mehr als zehn Jahren niemanden interessiert. Für mich persönlich grenzt dieses Verhalten an Arbeitsverweigerung. Immerhin scheint sich auf unser Bemühen hin, nun etwas zu bewegen. Hoffentlich ebbt diese langsame Vorwärtsbewegung nicht wieder ab.

Aktuell ist die Faktenlage so, dass gemäß den Steuerbilanzen im Eigenbetrieb der Freizeitpark dem Windpark knapp 6 Mio. € schuldet. Dieser Missstand muss unserer Auffassung nach zeitnah bereinigt werden, entweder durch die Herbeiführung des steuerlichen Querverbundes und somit durch die Zusammenlegung der beiden Steuerbilanzen oder durch die Bereinigung über den Stammhaushalt, was bei einer Zuführung von Überschüssen aus dem Windpark in den Stammhaushalt zwangsläufig zur Abführung von Kapitalertragssteuern führen wird. Ein „Weiter so“ kann es für uns nicht geben. Wir bedienen uns fleißig aus der Kasse des Windparks und verschieben die einhergehenden Probleme einfach auf die nachfolgenden Generationen.

Im Zusammenhang mit dem CabrioSol soll auch das Eisstadion nicht unerwähnt bleiben. Die Einstellung des Betriebs durch die Stadt Pegnitz hatten wir bereits vor zwei Jahren gefordert. Um die Kosten zu minimieren, wollten wir über alternative Lösungsansätze diskutieren. Hätten alle Beteiligte

die Chance genutzt, anstatt gegen uns zu demonstrieren, wäre die Chance auf den Erhalt des Eissports in Pegnitz sicherlich größer gewesen.

Zum Abwasserwerk: Es war wieder unsere Fraktion in der Person von Hans Hümmer, welcher seit Jahren feststellt, dass uns pro m³ Abwasser etwa 50 Cent fehlen. Die Aufklärung kam bei der letzten Gebührenkalkulation zufällig an den Tag – die Stadt Pegnitz ist ihrer Gebührenpflicht nicht vollumfänglich nachgekommen. Genauer ausgedrückt, es geht um die Straßentwässerungsgebühr, welche die Stadt Pegnitz nur teilweise an das Abwasserwerk bezahlt hat. Kurzum: Die Stadt Pegnitz schuldet dem Abwasserwerk einen Millionenbetrag, vermutlich zwischen 3 und 5 Mio. €. Aus unserer Sicht ist der gesamte Betrag zeitnah auszugleichen, denn der Abwasserpreis von 4,20 € ist so kalkuliert, als würden alle Gebührenpflichtigen ihrer Zahlungsverpflichtung nachkommen – auch die Stadt Pegnitz. Nicht alle Mitglieder des Gremiums scheinen die gleiche Moralvorstellung zu haben. Mancher möchte die Verschleierungstaktik, wie im Eigenbetrieb Freizeitpark / Windpark, gerne fortführen in der Hoffnung, dass der Deckel auf dem Topf gehalten werden kann. Sicherlich mag das noch eine begrenzte Zeit funktionieren. Irgendwann werden die Bürgerinnen und Bürger jedoch zur Kasse gebeten werden müssen.

Zur Kreisumlage: Wir haben an die in diesem Gremium sitzenden Kreisrätinnen und Kreisräte nachdrücklich appelliert, der Abgabentwicklung entgegenzutreten und unsere Stadt z. B. vor den Folgen des Größenwahns am Ochsenkopf zu bewahren. Vergeblich! Im Auftrag des Kreistages trägt der Landrat mit breitem Grinsen unser Geld aus Pegnitz in den hohen Norden unseres Landkreises und in die kreisfreie Stadt Bayreuth. Wo der Landrat maßgeblich gewählt worden ist, hat er offensichtlich vergessen. Es ist sicherlich nicht meine Aufgabe heute hier den Kreishaushalt darzulegen; aber sehr verehrte anwesende Kreisrätinnen und Kreisräte, überlegen Sie mal scharf, was im aktuellen Kreishaushalt und in der Finanzplanung an nennenswerten Projekten steht, welche auch nur annähernd unsere aktuelle und zukünftige Kreisumlage in Pegnitz rechtfertigen würde.

Seit vielen Jahren appellieren wir an dieses Gremium zum sparsamen Haushalten. Nicht, weil wir Spaß daran haben, den Menschen in unserer Stadt etwas vorzuenthalten, sondern, weil sich die Lage seit Jahren zuspitzt. Manchmal komme ich mir vor wie beim Lobbyistentreff. Da gibt es Vertreter des Schwimmsports, des Eissports, der Feuerwehr oder vereinzelt dörfliche Vertreter, welche ausschließlich ihre Bedürfnisse befriedigt sehen möchten. Wie sonst ist zu erklären, dass wir uns über den Anbau von Feuerwehrhäusern unterhalten und im Stadtbauhof das Dach mit Stützen versehen werden muss. Offensichtlich hat der Bauhof keine starke Lobby. Für unsere Fraktion nehme ich in Anspruch, dass wir die Konfrontation in der Bürgerschaft und mit den eigenen Leuten nie gescheut haben, selbst Demonstrationen gegen uns haben wir ertragen. Für uns ging und geht es um das Ganze, um Transparenz und Gerechtigkeit.

Zurück zum eigentlichen Motto „Realität“. Acht Jahre Große Koalition und drei Jahre weiter so haben uns nachhaltig geschädigt. Egal was die amtierenden Bürgermeister eingebracht haben, die Große Koalition unter der Führung von Manfred Vetterl und Karl Lothes haben es durchgewunken. Selbst die von uns angestoßene Konsolidierung wurde von den beiden Verantwortungsträgern in Abrede gestellt.

Wir sind gespannt, ob die Rechtsaufsicht einen Haushalt genehmigen wird, welcher Verpflichtungsermächtigungen über 7,3 Mio. € ohne Eigenkapital enthält, in seiner dauernden Leistungsfähigkeit über die nächsten Jahre alljährlich einen negativen sechsstelligen Betrag ausweist, und im Finanzplan Kreditaufnahmen von über 15 Mio. € vorsieht. Vermutlich ja, bekanntlich hackt die eine Krähe der anderen Krähe kein Auge aus. Nichtsdestotrotz wird es vermutlich Sparauflagen geben. Wir haben unsere Hausaufgaben seit vielen Jahren gemacht.

Beispiele:

- Jugendsozialarbeiterin und Integrationsmanagerin: So sinnvoll die beiden Stellen sind, für diese Themen ist der Freistaat bzw. der Landkreis zuständig.
- Organisationsuntersuchung: Bei der Findung der Entgeltgruppen hätten wir uns eine Verifizierung der Stellenmerkmale durch die Rathausleitung gewünscht. Dort wo am Ende eine Höhergruppierung erforderlich gewesen wäre, sind Entwicklungspläne angebracht und nicht das Gießkannenprinzip.
- Kinderbetreuung: Seit vielen Jahren thematisieren wir die freiwilligen Leistungen für die Träger und die hohen Kosten durch unsere dezentrale Struktur in der Kernstadt. Genau aus diesem Grund haben wir den Antrag für das Haus für Kinder gestellt. Wir sind überzeugt, dass mit dem Haus für Kinder nicht unerhebliche Synergieeffekte möglich sind, ohne den Anstellungsschlüssel verändern zu müssen.
- Feuerwehr: Wir haben um die Überarbeitung des Feuerwehrbedarfsplans gebeten, auf Basis des gesetzlich vorgeschriebenen Schutzziels nach dem bayerischen Feuerwehrgesetz und unter der darin genannten Maßgabe der finanziellen Leistungsfähigkeit. In Anbetracht unserer finanziellen Leistungsfähigkeit haben wir kein Verständnis für die Installation weiterer Atemschutzwehren wegen einer Überschreitung von 400 m beim Anfahrtsweg, und wenn dieses Gremium schon solche Beschlüsse mehrheitlich fasst, dann sollte es wenigstens gerecht zugehen. Die Menschen in Hollenberg und Oberhauenstein müssen aufgrund nicht eingehaltener Hilfsfristen nun weiterhin um ihr Leben fürchten. Das scheint dem überwiegenden Teil dieses Gremiums und dem Bürgermeister jedoch völlig egal zu sein, deren Klientel wurde ja umfangreich bedient. Hätte die Verwaltung noch eine Drehleiter für

Troschenreuth und Trockau vorgeschlagen, wären diese bei all der Euphorie in der ominösen Sitzung zum Feuerwehrbedarfsplan vorbehaltlos durchgewunken worden. Selbst eine Flughafenfeuerwehr hätte vermutlich gute Chancen auf Zustimmung gehabt.

Es ist wie immer, je länger das Unvermeidbare hinauszögert wird, desto gravierender werden die Folgen sein. Ich höre schon die Schimpftiraden unserer Kollegin und Kollegen der sozialistischen Partei, wenn die Rechtsaufsicht in absehbarer Zeit nicht länger wegsehen kann: „Die Rechtsaufsicht ist schuld an unserem Dilemma“, wird es heißen. Das ist, als würde ich über meine Verhältnisse leben und anschließend der Bank die Schuld für meine eigene Dummheit geben. Mir sind die Worte des Kollegen Lothes aus dem Finanzausschuss noch in den Ohren: „Papier ist geduldig“ oder „Der Staat wird schon einspringen“. Ich nenne das Realitätsverweigerung. Aber so ist das im Sozialismus – leider hat er nachweislich noch nie funktioniert.

Es wäre aus unserer Sicht die Aufgabe des Bürgermeisters gewesen, dem ganzen Treiben Einhalt zu gebieten. Hierfür ist allerdings Sachverstand, Rückgrat und eine eigene Meinung nötig.

Wie meine Worte bereits vermuten lassen, werden wir diesen Haushalt nicht mittragen.

Der überwiegende Teil des Gremiums und der Bürgermeister scheinen noch immer nicht bereit für die Behebung der Probleme zu sein. Es gilt weiterhin die Verschleierungstaktik in der Hoffnung, dass wir uns ein weiteres Jahr retten und der Eissport sein Geld bekommt. Einen Haushalt, welcher auf Steuererhöhungen ausgelegt ist, um einen Verein der Stadt Pegnitz sein Hobby zu finanzieren, ist für uns nicht hinnehmbar. Das entspricht nicht unserem Gerechtigkeitsempfinden. Wer bereit ist, die Gewerbesteuer zu erhöhen, wird vor der Grundsteuer keinen Halt machen. Um es mit den Worten des CSU-Kollegen Manfred Vetterl zu beschreiben: „Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem.“ Schade für die nur sehr kurz anhaltende Meinung des Kollegen.

Genauso bei den offenen Straßentwässerungsbeträgen: Lobenswert ist der offensichtliche Wille zur Aufklärung. Die Behebung der Vergangenheit wird jedoch in den Finanzplan verschoben und somit auf unsere nachfolgenden Generationen abgewälzt. Die gleiche Herangehensweise wird im Eigenbetrieb FP / WP fortgeführt. Die Plünderungen des Windparks zur Vertuschung der Probleme im Freizeitpark gehen weiter.

Meine Damen und Herren, das entspricht nicht unserer Moralvorstellung und ist nicht unser Politikstil!

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich, trotz meiner kritischen Worte, allen Kolleginnen und Kollegen der gesamten Stadtverwaltung, dem Bürgermeister und meiner Fraktion danken. Die Haushaltsdebatten sind immer sehr intensiv und emotional. Sollte ich mich in der Wortwahl oder im Ton vergriffen haben, bitte ich dies zu entschuldigen.

Ich möchte abschließen mit einem Zitat unseres Kollegen Karl Lothes:

Zitat: „Wenn ich in den Stadtrat seh, dann tun mir die Augen weh.“ Zitat Ende.

Vielen Dank!

Claus Spieler
Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort!